

Hans Ulrich-Dillmann, der für die ila regelmäßig aus der Dominikanischen Republik und Haiti berichtet, ist unmittelbar nach dem Erdbeben aus seinem Wohnort Santo Domingo nach Port-au-Prince gereist. Den nachfolgenden Beitrag haben wir aus verschiedenen Berichten zusammengestellt, die er in den beiden Wochen nach dem Erdbeben geschrieben hat.

Durch das Zentrum von Port-au-Prince zieht sich eine staubige Schneise der Zerstörung – vom Meer bis zu den kühleren Bergen im Vorort Pétienville. Rund um den normalerweise in leuchtendem Weiß in der Sonne strahlenden Sitz des haitianischen Staatspräsidenten sind zahlreiche Gebäude eingestürzt. Das Finanzamt: eine Schutthalde. Der Finanzminister wurde tot geborgen. Das Außenministerium: ein Abrissgelände. Das Justizministerium: auf einen Steinhaufen reduziert. Im Ministerbüro starben der Chef der Behörde, Paul Denis, und der bekannte Universitätsprofessor und führende Sozialdemokrat Micha Gaillard. Von der berühm-

VON HANS-ULRICH DILLMANN

ten Hauptkathedrale an der Rue Pétiion stehen nur noch die Grundmauern. Joseph-Serge Miot, der Erzbischof von Port-au-Prince, starb in seinem Büro. Aus dem teilzerstörten Gefängnis sind die rund 5000 Gefangenen geflohen – einige sind für die vereinzelt Plünderungen verantwortlich, die sich im Stadtzentrum ereignen.

Der dem Capitol in Washington nachempfundene Präsidentenpalast ist unter den Schockwellen der Erschütterung zusammengebrochen. Nur die schusssicheren Fenster haben die linke Kuppel davon abgehalten, auch das Amtszimmer von Staatspräsident René Prével zu zermalmen. Er konnte sich retten.

Der Regierungssitz ist über die ganze Länge eingestürzt. Die mächtige Mittelkuppel, auf der jeden Tag stolz die blau-rote Fahne der ersten unabhängigen Republik in Lateinamerika aufgezogen worden ist, knickte einfach nach unten – und jeden Tag rutscht sie weiter ab auf den Rasen vor dem Gebäude, der mit Schutt überladen ist. Der Regierungspalast wird den Staatsherrn wohl über Jahre nicht mehr beherbergen können – die dieses Jahr anstehenden Wahlen werden vermutlich verschoben.

Die seit 2004 in Haiti stationierte UN-Friedenstruppe ist ebenfalls kaum noch präsent. Das Hauptquartier der Stabili-

Wo sollen wir denn hin?

Port-au-Prince nach dem Erdbeben



sierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti (MINUSTAH) wurde völlig zerstört. Mindestens 83 MitarbeiterInnen, darunter der Leiter der UN-Mission, Hédi Annabi, kamen dabei ums Leben. So blieb nach dem Beben die erste und wichtigste Hilfe aus, weil die internationalen HelferInnen selbst zu Opfern der Katastrophe wurden.

Während die staatliche Autorität zusammengebrochen und die MINUSTAH ebenfalls kaum handlungsfähig ist, versuchen sich die Opfer selbst zu organisieren und fast manisch Ordnung in das Chaos und Elend zu bringen. Eine Frau kehrt mit einem Strohhalm in der Straßennrinne Schmutz und Plastiktüten zusammen. Frauen zerkleinern Yamswurzeln und Maniok und über einem offenen Feuer brodelt eine Sauce aus Tomatenmark, in dem Hähnchenknochen schwimmen. Es ist kaum vorstellbar, dass sich Haiti von der Erschütterung, die sich auch im sozialen, politischen, kulturellen und finanziellen Bereich fortsetzen wird, in kurzer Zeit erholen

IWF will Haiti weiter in Abhängigkeit

In der Nacht zum 28. Januar hat der Vorstand des Internationalen Währungsfonds 102 Mio. US-Dollar Katastrophenhilfe für Haiti bewilligt. Es handelt sich dabei um einen zinsfreien Kredit mit 5,5 Freijahren.

Der Vorstand hat mit seiner Kreditvergabe demonstrativ das Versprechen des IWF-Direktors Strauss-Kahn ignoriert.

Dieser hatte am 20. Januar erklärt, der IWF werde sowohl diesen neuen Kredit als auch seine bestehenden Forderungen von 165 Mio. US-Dollar in einen Zuschuss umwandeln, um Haiti nicht mit neuen Schulden zu belasten.

Jürgen Kaiser, Koordinator von erlassjahr.de, erklärte dazu: „Haiti war vor dem Erdbeben u.a. durch seine Auslandsverschuldung ein extrem abhängiges Land. Offenbar will die Mehrheit im IWF, darunter Deutschland, diesen Zustand schnellstmöglich wieder herstellen. Die Chance auf einen schuldenfreien Neuanfang für das ausgeplünderte Haiti wurde damit vertan.“

kann. „Die Situation war schon vorher katastrophal“, sagt Michael Kühn, der Leiter der Deutschen Welthungerhilfe. „Ich hatte mir nicht vorstellen können, dass sich das noch steigern ließe.“

Haiti ist schon seit Jahrzehnten das Armenhaus Lateinamerikas. Nach wie vor müssen achtzig Prozent der neun Millionen HaitianerInnen mit einem Euro oder weniger am Tag auskommen. Die wenigen Fabriken in Port-au-Prince, in denen BilliglohnarbeiterInnen Kleidung herstellten, sind zerstört. Nur einzelne Maquiladoras, die in der Nähe von Cité Soleil liegen, beginnen wieder mit der Produktion. Das restliche Wirtschaftsleben ist auf Jahre paralysiert.

Vor den Büros der Hilfsorganisationen und den Hotels, in denen ausländische JournalistInnen wohnen, lungern Männer herum, ausgerüstet mit winzigen Digitalkameras, die ihre Dienste als Fotografen anbieten. Andere, die ein paar Brocken holpriges Englisch sprechen, wollen sich als Dolmetscher verdingen. Jeder und jede versucht in der aktuellen Situation über die Runden zu kommen.

Der *Champs de Mars*, der große Platz vor dem haitianischen Capitol, hat sich in eine Zeltstadt verwandelt. Die wenigen Grünanlagen und Plätze, die nicht direkt in der Nähe des Meeres liegen, beherbergen Tausende von Menschen, die die Unterkunft verloren haben. Obdachlose Familien haben provisorisch Planen an die Fahnenstangen gespannt, um sich vor der sengenden Sonne zu schützen. Bella Beldom ist außer sich: „Keiner kommt und hilft uns. So müssen wir leben“, sagt sie und zeigt auf die dünne Matte, auf der sie seit dem Unglückstag schläft.

Auch Marie-Claude Joseph campiert vor dem Präsidentenpalast – bereits seit den frühen Abendstunden nach dem Erdbeben. Ihr Haus war innerhalb Sekunden eingestürzt. „Ich habe vergeblich gehofft, dass es hier was zu essen gibt“, sagt Marie-Claude Joseph bitter. „Aber die Regierung hat ja auch schon vorher nichts für uns getan.“ Neben ihr putzt sich eine Frau die Zähne, eine andere ist dabei, ihrer kleinen Tochter Zöpfe zu flechten.

Umso wichtiger ist die Solidarität unter den Betroffenen. Die rund 6000 Menschen, die sich vor dem Regierungspalast niedergelassen haben, teilen sich die wenigen Lebensmittel, die sie zur Verfügung haben – die Armen stehen in der Not zusammen wie selten zuvor in der Geschichte des Landes.

Oberhalb von Port-au-Prince auf der belebten *Place Saint-Pierre* in Pétionville wird gebetet. Die melodischen Gesänge beginnen noch vor Sonnenaufgang. Und auch nach Einbruch der Dunkelheit wird Gott lauthals angefleht, dass er die Erde nicht wieder so erbeben lasse wie an dem Tag, als selbst massive Betongebäude wie Kartenhäuser in sich zusammenfielen. Mutmachen ist angesagt inmitten des Chaos, in dem Haiti zu versinken droht.

„Wo sollen wir denn hin“, fragt Jean-Bernard Tata verzweifelt, der mit seinen Kindern auf einer Decke kauert. Der Fuß des Jüngsten ist dick geschwollen, vielleicht gebrochen, als ein Steinbrocken darauf fiel. Neben Tata steht ein Paar, das sich umarmt. Ein Finger des jungen Mannes ist dick, bläulich und aufgeschnitten – doch es gibt hier Leute, die schlimmer verletzt sind.

Nur langsam verbessert sich die medizinische Versorgung der haitianischen Bevölkerung. In der Nähe des Flughafens sind inzwischen riesige Feldkrankenhäuser entstanden, aber noch immer können nur die schwersten Fälle betreut werden. Vor allem schwere Knochen- und sehr viele Beckenbrüche müssen behandelt werden. Viele Menschen werden mit verstümmelten Gliedmaßen leben müssen.

Die ÄrztInnen operieren rund um die Uhr, manche Behandlungen und kleinere Operationen werden ohne Betäubung durchgeführt, um Medikamente zu sparen. „Wundbrand und Infektionen vor allem bei jenen, die länger verschüttet waren, zwingen uns zu vielen Amputationen“, sagt die haitianische Ärztin Florence Burr-Reynaud. Sie arbeitet in der Klinik des bevölkerungsreichen Stadtteils Canapé Vert. Hier sind ganze Berghänge, an denen einfach gebaute Häuser standen, in den Abgrund gerutscht und haben unzählige Menschen in den Tod gerissen.

Benoit Leduc und Loris de Filipi, beides Notfallkoordinatoren der Hilfsorganisation „Ärzte ohne Grenzen“ (MSF) in Haiti, kritisierten die Restriktionen von Seiten der USA, die den Flughafen kontrollieren. So sei bisher mehreren Flugzeu-

gen von MSF mit Hilfslieferungen die Landung in Port-au-Prince verweigert worden.

Die Erde bebt weiter in Haiti. Seit dem 10. Januar entladen sich tektonische Verwerfungen in der unterirdischen Grenzregion zwischen der Karibischen und der Nordamerikanischen Platte in harten Erdstößen. Auch am Sonntag, den 24. Januar, wackelten in Port-au-Prince erneut die Gebäude. Am frühen Abend registrierte die US-Erdbebenwarte *United States Geological Survey (USGS)* seismische Schockwellen der Stärke 4,7 auf der Momenten-Magnituden-Skala. Wieder flohen die Menschen in Panik aus den Häusern. Das dritte schwere Beben, nach dem ersten Erdstoß am 12. (7.0) und dem zweiten am 20. Januar mit einer Stärke von 6,1, forderte erneut rund zwei Dutzend Todesopfer. Daneben versetzen kleinere Nachbeben die Menschen immer wieder in Angst.

Vierzehn Tage nach der größten Katastrophe in der Geschichte des Landes seit 200 Jahren wird die Situation immer schlimmer. Die Erschütterung, die Zerstörungen wie nach der Explosion zweier Atombomben hinterließ, hat das Land in seiner Substanz getroffen.

Sargmacher haben derzeit Hochkonjunktur, auch wenn inzwischen viele Leichen mit Schaufelbaggern von der Straße entfernt und im Norden der Stadt in Massengräbern beerdigt werden. 115 000 Tote seien bisher beigesetzt worden, teilte Verkehrsministerin Marie-Laurence Jocelyn Lassegue mit. „Aber es ist sehr schwer zu schätzen, ob nicht noch viel mehr Menschen gestorben sind“, sagte sie. Noch immer werden Hunderte Leichen aus den Trümmern geborgen. Und in manchen Vierteln haben die Aufräumarbeiten noch gar nicht begonnen. Ausländische Mitarbeiter von Hilfsorganisationen sprechen inzwischen von mehr als 200 000 Toten, zumal aus den ländlichen Regionen, die betroffen waren, überhaupt keine Zahlen über die Opfer vorliegen und viele Leichen von den Familien direkt beigesetzt wurden, ohne sich um Sterberegister und staatliche Formularien zu kümmern.

Zwar sind inzwischen sowohl über eine Luftbrücke als auch über einen „humanitären Korridor“ von der Dominikanischen Republik aus Zehntausende Tonnen Hilfsgüter ins Land gekommen, die Verteilung an die Bedürftigen in den Obdachlosenlagern gestaltet sich jedoch schwierig. Die rund 8000 UN-Blauhelmsoldaten stehen oft teilnahmslos dabei, während junge kräftige Männer Frauen, Kinder und Schwächere aus den Reihen drängen und sich der Lebensmittelpakete mit Reis, Öl, Bohnen, Salz bemächtigen.

Hungersnot oder Mangel an Lebensmitteln herrschen allerdings in Haiti nicht. Rund um das historische Zentrum von Port-au-Prince pulsiert inzwischen das Marktleben wie eh und je. Fliegende Händler bieten auf der *Rue Delmas 2* wieder Kohle und Körperpflegemittel an, als ob nichts gewesen wäre. In Pétionville ist Marktstimmung wie vor 14 Tagen, als die Erde nach nicht gebebt hatte. *Marchants*, Marktfrauen, preisen lauthals Porreestangen und Karotten an, auch Fleisch gibt es. Junge Männer verkaufen „dlo, dlo“ rufend Wasser. Nur hat sich der Preis für Wasser von rund zwei Cent in nur wenigen Tagen vervierfacht. Die Preise für fast alle Lebensmittel haben sich verdoppelt. „Aber viele haben kein Geld“, bedauert eine Händlerin, die Spaghetti und Tomatenmark verkauft, Öl auch tropfenweise.

Mit Transparenten „Wir haben Hunger!“ und „Wir brauchen Hilfe!“ versuchen Menschen rechts und links der Verbindungsstraßen zwischen Port-au-Prince und Pétionville auf ihre Notlage aufmerksam zu machen. Das Rote Kreuz spricht von etwa drei Millionen Betroffenen. Sie haben Häuser und ihren gesamten Besitz verloren und oft nur das nackte Leben retten könnten. Die Menschen haben kein Geld mehr. Lange Schlangen bilden sich jeden Tag vor allen offenen Filialen von Western Union, über die die im Ausland lebenden MigrantInnen jetzt Geld an ihre Familienangehörigen schicken. Die nicht beschädigten Filialen – und das sind wenige – haben nur

Ihr seid dort nicht willkommen

Ein Flugzeug der US-Luftwaffe mit einer Radiostation an Bord kreist über dem zerstörten Haiti und funkt in der dort gesprochenen Volkssprache Creol nur eine Botschaft: „Bleibt zu Hause. Versucht nicht, in die USA zu gelangen. Ihr seid dort nicht willkommen. Wen wir auf dem Meer erwischen, den schicken wir zurück.“

Was als größte humanitäre Hilfsaktion der USA verkauft wird, ist im Grunde Verteidigungspolitik gegen Elendsflüchtlinge. In der US-amerikanischen Enklave Guantánamo auf Kuba, wo noch immer Terrorismusverdächtige eingekerkert sind, werden schon Lager für die auf See aufgegriffenen HaitianerInnen eingerichtet. Die schwarze Elendsrepublik der Karibik tritt immer nur dann ins Blickfeld der USA, wenn US-Interessen betroffen sind.

Zuletzt waren die Marines 1994 da. 20 000 US-SoldatInnen übernahmen die Insel und setzten den drei Jahre zuvor militärisch gestürzten Präsidenten Jean-Bertrand Aristide wieder ein. Guantánamo war damals überfüllt mit haitianischen Bootsflüchtlingen. Mit der Rückkehr des Volkshelden Aristide sollte die Flut der Auswandernden aufgehalten werden. Im Vorfeld hatte man dem einst linken Hoffnungsträger knallharte Bedingungen auferlegt: Er werde nur dann zurück ins Präsidentenamt gebracht, wenn er sich zukünftig dem ökonomischen Diktat von Weltbank und Internationalem Währungsfonds beuge. Auch bei der US-Invasion von 1915 ging es letztlich ums Geld. In Washington befürchtete man, Haiti werde den Schuldendienst einstellen. Das hätte sich negativ auf den Profit einiger US-Banken ausgewirkt. Also übernahmen die Marines das Land und verwalteten es bis 1934 wie ein Militärprotektorat. Es waren diese Schulden, die das Land seit dem 19. Jahrhundert erwürgten.

Aus: Toni Keppeler: Ein Land ohne Chance, in: WoZ, Zürich, 21.01.2010

stundenweise offen. Auch wohl situierte Haitianer müssen inzwischen eingestehen, dass sie schlicht und einfach pleite sind, weil sie nicht an ihre Konten kommen. Während der Übergangschef der UN-Mission, Edmond Mulet, nach wie vor eine Verstärkung des Hilfseinsatzes und der Blauhelmsoldaten fordert, fliegen die USA immer neue Truppen ins Land, die sich aber vornehmlich um ihren eigenen Schutz kümmern. Inzwischen werden im großen Maßstab die Bewohner der betroffenen Regionen evakuiert, um zu verhindern, dass bei Nachbeben erneut Gebäude einstürzen und Menschenleben fordern. ♦



Herbeigeführtes Chaos

Wie eine militärische Invasion in Haiti gerechtfertigt wird

Das schwere Erdbeben, das am 12. Januar Haiti erschüttert und die Hauptstadt Port-au-Prince praktisch dem Erdboden gleichgemacht hat, bietet einen perfekten Vorwand für eine neuerliche Invasion und militärische Besetzung des Karibikstaats. Zwar begann diese schon im Jahr 2004 durch lateinamerikanische Militärs im Rahmen der UN-Mission MINUSTAH, doch nun nutzen die treibenden Kräfte in den USA selbst die Gelegenheit, um sich Präsenz zu verschaffen. Die politischen und strategischen Gründe hierfür sind zahlreich. Dazu gehören neben der Nähe Haitis zu Cuba und der nach wie vor starken Präsenz von AnhängerInnen des Ex-Präsidenten Aristide vordringlich die Furcht vor einem Massenexodus von HaitianerInnen in Richtung USA. Daneben bietet sich für die US-Militärs die Gelegenheit, das außenpolitisch zunehmend selbstbewusste Brasilien seiner Rolle als wichtigste Militärmacht in Haiti zu entheben, schließlich war man in Washington mit der brasilianischen Haltung gegenüber dem Staatsstreich in Honduras nicht sonderlich zufrieden.

VON JOSÉ LUIS VIVAS

Im Moment sieht alles danach aus, als werde weniger an einer humanitären Hilfsaktion als an einer neuen militärischen Besetzung Haitis gearbeitet. Darauf deutet Verschiedenes hin, etwa der Konflikt der USA mit den aktuellen Besatzern der MINUSTAH und insbesondere mit Brasilien, das die UN-Truppen anführt, oder auch die Behinderung humanitärer Hilfeleistungen und die Forcierung chaotischer Zustände sowie eine mediale Berichterstattung, die den Eindruck von Gewalt und Chaos vermitteln soll, um eine Besetzung vor der öffentlichen Meinung rechtfertigen zu können. Wie dies geschieht, soll im Folgenden erläutert werden.

Verschiedene Fakten geben Anlass zu der Annahme, dass eine Verschlechterung der Situation in Haiti bestimmten Interessen entgegenkommt. Einer dieser Fakten ist die mangelnde Koordination der Rettungsaktionen, über die in den Medien ausgiebig berichtet wurde. Die Koordinierung obliegt im Prinzip der UN, es sieht jedoch so aus, als sei sie dieser Aufgabe enthoben worden, und zwar durch das US-Militär, das gleich zu Anfang einen für die Koordination der Katastrophenhilfe entscheidenden Ort besetzt hatte, den Flughafen von Port-au-Prince. Ohne die Leitung der UN und mit einem „gescheiterten“ haitianischen Staat oder mit einem weniger orwellischen Vokabular: einem vorsätzlich zu Fall gebrachten haitianischen Staat bleibt

niemand mehr übrig, der die Rettungsaktionen effizient leiten könnte. Sicher könnten dies auch nicht all die NRO, die – finanziert durch internationale Fonds – auf die Insel kamen, um viele der Aufgaben wahrzunehmen, die eigentlich der haitianischen Regierung obliegen. Den NRO können zudem nicht die gleichen Verantwortlichkeiten übertragen werden wie einer Regierung – ein Fakt, der im Moment sicherlich bestimmten Interessen sehr entgegenkommt.

Was ebenfalls stützig macht, ist die Tatsache, dass die Versendung von Hilfsgütern durch die USA mit viel weniger Eile und Dringlichkeit vonstatten ging als die militärische Mobilisierung. Selbst aus dem weit entfernten China trafen die Hilfsgüter schneller ein als aus den USA. All das vermittelt den Eindruck, dass die humanitäre Hilfe gegenüber der militärischen Mobilisierung bestenfalls zweitrangig ist, was auch an der Entsendung von 3500 Soldaten der 82. Luftlandtruppen von Fort Bragg deutlich wird. Doch vielleicht bringt die Aussage des State Department-Sprechers Philip Crowley Licht ins Dunkel: „Es geht nicht darum, Haiti in Besitz zu nehmen. Wir helfen nur, das Land zu stabilisieren. Wir liefern lediglich Hilfsgüter und medizinische Unterstützung und wir richten uns darauf ein, für längere Zeit im Land zu bleiben, um beim Wiederaufbau zu helfen.“ (*Christian Science Monitor*, 14.1.2010) Ähnliches ließ auch die US-Außenministerin Hillary Clinton verlauten, als sie versicherte, die militärischen Streitkräfte würden „heute, morgen und sicher auch noch in Zukunft in Haiti bleiben“.

Die diplomatischen Spannungen mit anderen Ländern und insbesondere mit Brasilien, das die UN-Truppen in Haiti anführt, ließen nicht lange auf sich warten. Auch dies scheint darauf hinzuweisen, dass es den USA um viel mehr geht als nur um humanitäre Hilfe. Dabei war Brasilien seinem Auftrag in Haiti bis zuletzt beflissen nachgekommen. Die Bevölkerung wurde von den brasilianischen Truppen umfassend kontrolliert und gelegentlich wurden vor allem die ärmsten Bevölkerungsschichten auch auf eine Weise terrorisiert, die das Militär bereits in den Favelas von Brasilien perfektioniert hatte. Wie der Journalist Kim Ives von *Haiti Liberté* in einem Interview mitteilte, sind die von den Brasilianern geführten UN-Friedenstruppen bei der haitianischen Bevölkerung „extrem unbeliebt. Die Leute sind es leid, dass Millionen für dieses Militär ausgegeben werden. Sie sind es leid, mit ansehen zu müssen, dass diese Jungens in ihren riesigen Panzern sitzen und mit den auf die Bevölkerung gerichteten Maschinengewehren ihre Runden in jedem Winkel fahren. Wie man weiß, besteht ihre Hauptaufgabe doch einfach darin, das Land zu unterdrücken.“¹

Es war abzusehen, dass die USA mit Brasilien in Konflikt geraten würden, sollten sie ein militärisches Interesse an dem Karibikstaat verfolgen. UN-Generalsekretär Ban Ki-moon erklärte am 14. Januar: „Es wäre äußerst wünschenswert, dass jegliche Hilfe vom Leiter der MINUSTAH-Truppen vor Ort koordiniert würde.“ Doch die USA lehnten diesen Vorschlag ab. Die US-Regierung ließ lediglich verlauten, dass sie die Aktionen ihrer Streitkräfte mit der MINUSTAH-Leitung koordinieren werde, und mehr nicht: „Wir werden unter der Führung der Vereinigten Staaten mit Unterstützung einer UN-Mission im Namen der Regierung und des haitianischen Volkes han-

chen Sicherheit einzumischen“. Diese „humanitären“ Hilfsleistungen würden jedoch nicht von „zivilen Einrichtungen der Regierung gesteuert, sondern vom Pentagon“, mittels der SOUTHCOM, dem für Lateinamerika zuständigen Regionalkommando der Streitkräfte der USA (ebda.). Dessen vorrangige Mission ist laut Michel Chossudovsky vom Forschungszentrum Global Research „die Leitung militärischer Operationen und die Förderung von Sicherheitskooperationen zur Durchsetzung strategischer Ziele der Vereinigten Staaten“. Ein weiteres wichtiges Element ist die offensichtliche Instrumentalisierung eines vermeintlichen Chaos auf Haiti, zu der



US-Marines in Haiti

deln“, erklärte Crowley (*Christian Science Monitor*, 14.1.2010). Wie diese „Koordination“ praktisch aussieht, wird an der Reaktion des brasilianischen Verteidigungsministers Nelson Jobim deutlich. Dieser kritisierte die „unilaterale“ Kontrolle der USA über den Flughafen in Port-au-Prince, die seinen Worten nach von den Vereinigten Staaten ohne Absprache mit anderen Nationen übernommen worden war. Flugzeuge des brasilianischen Militärs, die Hilfsgüter und Personal geladen hätten, würden an der Landung gehindert. Die brasilianische Tageszeitung *Folha de São Paulo* schreibt dazu, diese Situation habe „ein kleines diplomatisches Problem zwischen Brasilien und den USA hervorgerufen“. Nicht nur die Landung der FAB-Flugzeuge werde blockiert. Außerdem werde den MINUSTAH-Truppen der Zugang zum Flughafen verweigert (*Folha de São Paulo*, 16.1.2010). Zwar hatte Hillary Clinton im Nachhinein gegenüber Jobim versichert, „die nordamerikanischen Streitkräfte leisten vor allem humanitäre Hilfe, ohne sich bei Fragen der öffentli-

vielleicht auch die möglicherweise vorsätzliche Unkoordiniertheit der Verteilung der humanitären Hilfeleistungen beiträgt. Das Ziel wäre hierbei, einen Eindruck von Chaos und Gewalt zu vermitteln, der eine militärische Invasion in den Augen der Öffentlichkeit rechtfertigen könnte, wofür eine enge Zusammenarbeit mit wichtigen Medien Voraussetzung ist. Anscheinend haben zumindest die der US-Regierung nahestehenden Medien in dieser Hinsicht keine Zeit verloren. Vom ersten Moment an haben sie versucht, die Situation zu dramatisieren, zum Beispiel durch die Streuung von Gerüchten bezüglich angeblicher Schießereien, von denen jedoch niemand sonst in Port-au-Prince etwas gehört zu haben scheint, oder von Berichten über die Bildung neuer Banden. So konnte man beispielsweise nur wenige Tage nach dem Erdbeben unter der Schlagzeile „Werden kriminelle Banden die Kontrolle im Chaos von Haiti übernehmen?“ Folgendes lesen: „Kaum senkte sich die Dunkelheit über die vom Erdbeben verwüstete Stadt Port-au-Prince, berichteten die

Einwohner, dass sie Schüsse gehört hatten. Das dürfte niemanden verwundern: In Haiti sind nächtliche Schusswechsel bewaffneter Banden während der Ausnahmezustände – egal, ob diese nun ihre Ursache in der Politik oder in Naturkatastrophen haben – genauso an der Tagesordnung, wie andersorts das Gebell von Hunden.“ (*Time*, 14.12.2010). Hier wird das Bild eines im Chaos versinkenden Landes entworfen, damit eine spätere Invasion und Besetzung in der Öffentlichkeit größere Akzeptanz erfahren.

Das Bild von Chaos und Gewalt vermitteln mittlerweile die meisten Medien. Es gibt jedoch Ausnahmen. So berichtet Roger Annis, Koordinator des kanadischen Haiti-Aktionsnetzwerks, von einer BBC-Reportage, in der von den vorgeblichen gewalttätigen Ausbrüchen nichts zu sehen sei. Diese Reportage stehe in deutlichem Gegensatz zu den Berichten über Plünderungen und Gewalt, von denen Nachrichtensender wie CNN ohne Unterlass berichteten und die vom US-Verteidigungsminister Robert Gates in gleicher Form weitergegeben würden. Auf die Frage von JournalistInnen, weshalb die Notleidenden nicht aus der Luft mit Hilfsgütern versorgt würden, antwortete Gates: „Ich gehe davon aus, dass die Versorgung aus der Luft vor allem Unruhen hervorrufen würde“, was Gates allem Anschein nach bedenklicher findet als den Mangel an Hilfsgütern.

Besonders makaber an diesem Szenario ist jedoch, dass Hilfsgüter den Bedürftigen absichtlich vorenthalten werden

Teilen der Stadt aufgehalten und nur freundliche und höfliche Haitianer getroffen habe. „Überall wurde ich von der Bevölkerung herumgeführt, damit ich mir ein Bild von der Zerstörung der Wohnsiedlungen und der Häuser und von der Zerrüttung des Lebens der Menschen machen konnte. Und natürlich fragten sie auch: Wo bleibt die Hilfe?“ Nach Aussagen eines weiteren Beobachters vor Ort suchten die Presseleute geradezu nach Geschichten über verzweifelte, hysterisch gewordene Menschen. „In Wirklichkeit sind die meisten Menschen jedoch eher besonnen und gefasst, während die internationale Staatengemeinschaft, die Eliten und die politische Führung völlig aus dem Häuschen sind und niemand auch nur die leiseste Ahnung davon hat, was wirklich vor sich geht.“³

Der Flughafen in Port-au-Prince wurde unmittelbar nach der Ankunft von 30 cubanischen Ärzten, die sich den 300 bereits seit über einem Jahr im Land befindlichen MedizinerInnen anschließen wollten, von den USA besetzt. Es wird vielfach vermutet, dass hier ein Zusammenhang bestehen könnte. So berichtet etwa die Zeitung *Trinidad & Tobago Express*, dass „eine Hilfsmission der CARICOM (*Caribbean Community* –karibischer Staatenverbund – die Red) nach Haiti, bestehend aus Regierungsvertretern und auf Notlagen spezialisierten Technikern, von dem mittlerweile unter US-Kontrolle stehenden Flughafen dieses völlig zerstörten Landes keine Landeerlaubnis bekommen konnte“. Weiter heißt es: „Auf Nachfrage, ob diese Schwierigkeiten der Mission der CARICOM mit Berichten in Verbindung stehen könnten, dass US-amerikanische Behörden wenig Interesse an der Landung cubanischer und venezolanischer Schiffe hätten, antwortete der jamaikanische Premierminister Golding: ‚Angesichts der immensen Tragödie, unter der Haiti derzeit leidet, hoffe ich nur, dass dieser unreife Gedanke sich nicht bewahrheitet‘...“⁴ Auch David Belle, Leiter des Filminstituts *Ciné Institut Jacmel*, stellt sich dem in Medien und Presse kolportierten Bild der chaotischen Zustände in seinem Land energisch entgegen. „Mir ist berichtet worden, dass viele nordamerikanische Medien die Lage in Haiti als Pulverfass beschreiben, das jeden Moment explodieren kann, und dass die großen Medien ausschließlich von Gewalt und chaotischen Zuständen berichten. Die Wirklichkeit sieht komplett anders aus. Ich habe keinen einzigen Gewaltausbruch erlebt. Im Gegenteil: Wir haben gesehen, wie Nachbarn und Freunde sich gegenseitig helfen, wie sogar Fremde einander unterstützen. Wir haben gesehen, wie die Menschen mit bloßen Händen nach Überlebenden graben, wir haben traditionelle Heiler gesehen, die Verwundete behandeln. Wir haben Zeremonien der Würde an den Massengräbern gesehen. Wir haben gesehen, wie die Einwohner unter sengender Sonne mit dem Wenigen, was ihnen geblieben ist, geduldig auf Hilfe warten. Eine verstümmelte Stadt mit zwei Millionen Einwohnern, die auf Hilfe warten, auf Wasser, auf Medizin, auf Nahrung. Die meisten davon haben noch nichts erhalten. Haiti kann auf jeden Menschen stolz sein, der all dies überlebt. Die Würde und die Stärke unseres Volkes im Angesicht dieser Tragödie sind mehr als erstaunlich.“⁵ Alle diese Aspekte zusammengenommen lassen den Schluss zu, dass es sich hier um eine makabre Strategie des instrumentalisierten Chaos handelt, um eine Invasion und Besetzung zu rechtfertigen, die mit humanitären Beweggründen nichts mehr zu tun hat. ♦



Britische Soldaten mit mexikanischen Hilfsgütern in Haiti

könnten, um genau jene chaotische und von Gewalt geprägte Situation zu erzeugen, die bisher anscheinend noch gar nicht eingetreten ist. Laut Roger Annis wird dieser Verdacht durch die Nachlässigkeit erhärtet, mit der die Hilfsaktion für die haitianische Bevölkerung nach dem schrecklichen Erdbeben durchgeführt wird: „Medizinische Hilfsgüter, Nahrungsmittel, Chemikalien zur Trinkwasserreinigung und Fahrzeuge stapeln sich am Flughafen von Port-au-Prince, die Medien berichten fortlaufend von der massiven internationalen Unterstützung und die Bevölkerung der zerstörten Stadt fragt sich nur, wann diese Hilfe wohl bei ihnen ankommt.“² So erklärte auch der BBC-Berichtersteller Andy Gallaguer, dass er sich am Freitag, den 15. Januar, in unterschiedlichsten